

Eidgenössische Abstimmung vom 28. November

# Widerstand der Invaliden – oder eher der Invalidenversorger? Nein der Behindertenverbände zum neuen Finanzausgleich nicht einstimmig

Invalidenverbände gehören zu den schärfsten Kritikern der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung Bund - Kantone (NFA). Sie prognostizieren eine Schlechterstellung der Betroffenen. Die Kantone, die neu für die Sonderschulen und für die Eingliederungseinrichtungen zuständig werden, verwahren sich in aller Form gegen dieses Misstrauen. Auch ein Teil der Behindertenverbände macht bei der Nein-Kampagne zur NFA nicht mit, wie im Folgenden zwei konträre Meinungen zeigen.

## Die NFA ist eine Chance für die Behinderten

Von Peter Wehrli\*

Eine Diskussion über die Auswirkungen der Neugestaltung des Finanzausgleichs (NFA) auf die Behinderten in der Schweiz muss die Tatsache berücksichtigen, dass die Invalidenversicherung des Bundes (IV) faktisch pleite ist: Einer Schuldenlast von 4,5 Milliarden Franken stehen jährlich steigende Ausgabenüberschüsse in der Grössenordnung von derzeit 1,5 Milliarden gegenüber. Die wiederkehrenden Notfallspritzen aus anderen Bundesmitteln lösen das Problem nicht. Die Frage ist nicht, ob gespart werden muss, sondern lediglich wo – und wer dabei verliert. Schlimmer noch: Trotz jährlich massiv steigenden Kosten erreicht die IV ihr wichtigstes Ziel, Integration statt Rente, je länger, je weniger. Trotz jahrelangem Herumflücken am IV-Gesetz steigt die Zahl der IV-Rentnerinnen und -Rentner sowohl in absoluten Zahlen wie auch relativ zur Bevölkerung rapide und kontinuierlich an. Auf diese Weise sondert die Schweiz von Jahr zu Jahr mehr Menschen im erwerbsfähigen Alter als «invalid» (das heisst unbrauchbar) aus dem Erwerbsleben aus – und damit auch aus der «normalen» Gesellschaft ([www.bsv.admin.ch/statistik/details/d/iv\\_04\\_d.pdf](http://www.bsv.admin.ch/statistik/details/d/iv_04_d.pdf)).

### Fehlentwicklung schon in der Schule

Genau betrachtet beginnt dieser Aussonderungsprozess schon in der Schule. Wie neueste Untersuchungen zeigen, gelangen immer mehr Kinder immer früher in ein Sonderschulsystem. Die Chancen auf Rückkehr in die Regelschule werden immer geringer, auch das zeigen die Statistiken. Volkswirtschaftlich gesehen müssen also immer weniger «Valide» immer produktiver und härter arbeiten, um immer mehr «Invalide» zu «finanzieren», bei stetig sinkendem Lebensstandard für Letztere. Der Kollaps ist programmiert. Das muss uns alle alarmieren, ganz besonders aber uns Menschen mit einer Behinderung.

Mehr als zehn Jahre Analyse schweizerischer Behindertenpolitik zeigen uns, dass die einst vorbildliche Invalidenversicherung nicht nur ineffizient, sondern selber zu einer der wichtigsten Ursachen dieses Teufelskreises geworden ist. Statt nur die individuellen Risiken eines Invaliditätsschadens auszugleichen und Individuen in ihren Rehabilitationsbemühungen zu unterstützen, ist sie zu einer Aussonderungsversicherung geworden. Dank ihrer grosszügigen Finanzierung besitzt die Schweiz heute das wohl bestausgebaute Behindertenaussonderungssystem der Welt – angefangen bei Früherfassungsstellen, Sonderkindergärten, Sonderschulen über Sondertransportsysteme, Sonderlehrstellen, «geschützte Arbeitsplätze» bis hin zu Tausenden von Sonderberatungsstellen und Sonderheimen. Die Schweiz ist eines der wenigen Länder der westlichen Welt, deren Sonderangebot «für» Behinderte trotz Mittelknappheit ungebremst weiterwächst.

Mehrere zehntausend unbehinderte Menschen verdienen heute ihren Lohn dank der Versicherung «der Behinderten». Die Anti-NFA-Kundgebungen in Bern, organisiert von den Dienstleistungsgewerkschaften und der Institutionenlobby (Insos und Curaviva), zeigen dies deutlich. Die Beiträge der IV an diese Institutionen in der Grössenordnung von 2 Milliarden Franken jährlich lösen nämlich fast automatisch weitere Beiträge der Kantone, Gemeinden und anderer Sozialversicherungszweige in mindestens doppelter Höhe aus. Die Betroffenen bezahlen einen weiteren Teil an ihre eigene Aussonderung mit ihren Renten, Ergänzungsleistungen und Hilfenentschädigungen.

### Niemand trägt die Verantwortung

Zahlreiche Politiker aller politischen Parteien sitzen im Vorstand mindestens einer dieser Sonderorganisationen «für Behinderte». Behinderte sitzen dort fast keine. Trotz oder vielleicht gerade wegen dieser starken politischen Lobby ist natürlich niemand verantwortlich für die resultierende finanzielle und gesellschaftliche Katastrophe. Die schiere Existenz des nationalen Denkmals IV hat allen Seiten erlaubt, ihren eigenen Teil an der gesamtgesellschaftlichen Verantwortung zusammen mit den dadurch entstehenden Kosten (und dem schlechten Gewissen) an die IV abzutreten. Dank verfälschenden Quersubventionierungen ist es für die Kantone und Gemeinden billiger, nicht den Erwartungen entsprechende Kinder aus der Regelschule zu entfernen, als diese den Kindern anzupassen. Dank der IV scheint es billiger, Hunderte von IV-subventionierten Behindertenfahrdiensten zu betreiben, als den öffentlichen Verkehr behindertengerecht zu gestalten. Es scheint billiger, immer mehr Sonderheime zu bauen, als die kantonalen Bauordnungen so anzupassen, dass Behinderte (und Betagte) zu Hause leben können. Es scheint nicht nur billiger – es ist auch ganz bequem: Verantwortlich sind die IV und die von ihr bestellten Fachleute, und im alltäglichen Leben sind wir die Behinderten los.

\* Der Autor ist Geschäftsführer des Zentrums für selbstbestimmtes Leben (ZSL), Zürich. Es gilt unter den rund 2000 Behindertenorganisationen der Schweiz als eine der vielleicht zehn, in denen ausschliesslich Behinderte mitarbeiten und mitbestimmen. [www.zslschweiz.ch](http://www.zslschweiz.ch)

## NFA schafft die richtigen Anreize

Dabei braucht es keine wissenschaftlichen Studien, um die Banalität zu beweisen, dass Aussonderung grundsätzlich nicht geeignet ist, Menschen zu integrieren. Genauso offensichtlich ist, dass weder die IV noch die Neugestaltung des Finanzausgleichs das Problem der galoppierenden Verrentung unserer Gesellschaft allein lösen können. Die NFA kann jedoch einen wichtigen Beitrag leisten, indem sie die politische Verantwortung für die Aussonderung wieder dort ansiedelt, wo sie hingehört. Kantone und Gemeinden werden neu für ihre Aussonderungsinstitutionen finanziell ebenso aufkommen müssen wie für die Integration. Das schafft die richtigen Anreize: der Entscheid, ob integriert oder ausgesondert wird, wird wieder zu einem politischen Entscheid. Es wird transparent, wer ihn verantwortet.

Die Befürchtungen des riesigen Behindertendienstleistungsgewerbes hinsichtlich seiner bisher krisensicheren Arbeitsplätze sind teilweise berechtigt. Wenn die Kantone bei Annahme der NFA selber die finanziellen Konsequenzen tragen müssen, werden sie genauer wissen wollen, wer welche Zielvorgaben (zum Beispiel Integration) mit welcher Effizienz erreicht. Einige werden die Stelle wechseln müssen, weil sie das Gute, das sie zu tun meinen, nicht effizient genug tun. Das ist gut so. Es belohnt jene, die es besser tun. Je weniger Menschen ausgesondert und invalidisiert werden, desto weniger professionelle Invalidenversorger benötigen wir.

Es wird grössere Unterschiede zwischen den Kantonen geben als heute; es wird erkennbar werden, dass man durchaus effizienter integrieren kann, je nachdem, welche gesellschaftlichen Bedingungen man herstellt. Wir werden auch die kantonalen Politiker viel leichter identifizieren können, welche die Aussonderung fördern, und jene, welche die Integration unterstützen. Das Verstecken hinter IV und Bundesbern wird schwieriger.

Einige Menschen mit Behinderungen und ihre Familien werden in Kantone ziehen, die erfolgreichere Modelle verwirklichen. Diese Konkurrenz wird, wenn die Behinderten und ihre Freunde diese Chance nutzen, die Entwicklung von effizienten Modellen fördern und den gravierenden Rückstand der Schweiz gegenüber anderen westeuropäischen Ländern auf diesem Gebiet verringern. Wer weiss, dass sich Integration am Ende auch finanziell auszahlt (wenn falsche Anreize das Bild nicht verfälschen), ist überzeugt, dass diese Auswirkungen der NFA mittel- und langfristig den Behinderten zugute kommen. Und weil alle Menschen irgendwann, spätestens im hohen Alter, behindert werden und alle auch Bürger und Bürgerinnen sind, die einen effizienten und gerechten Staat, aber auch möglichst niedrige Steuern anstreben, ist absehbar, dass wir alle von der NFA profitieren werden. Wenn wir diese Chance nutzen wollen, müssen wir Behinderten allerdings aufhören, uns von der Betreuungsindustrie vereinnahmen zu lassen. Wir müssen selber aktiv Mitverantwortung für diese Schweiz übernehmen.